

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Bilaterale Abkommen zur Migrationsabwehr

Nach dem Gipfeltreffen der EU-Innenminister*innen auf den Kanaren widmete sich der italienische Innenminister [Matteo Piantedosi](#) dem Thema Migration. Mit Blick auf die **anstehenden Europawahlen** betonen sowohl Piantedosi als auch die italienische Premierministerin Giorgia Meloni wieder deutlicher ihre migrationsfeindlichen Politikansätze. Aufgrund der besseren Wetterverhältnisse steigen momentan die Ankünfte an den italienischen Küsten (hauptsächlich aus Tunesien, aber auch aus Libyen), aber auch an den Nordgrenzen, sodass Piantedosi die **Verstärkung der Grenzkontrollen zu Slowenien** ankündigte. Man wolle mit Slowenien und Kroatien zusammenarbeiten, um die **sog. „Außengrenze“ der EU zu Bosnien zu schließen**.

Ebenso hat sich Piantedosi gemeinsam mit dem stellvertretenden italienischen Außenminister Edmondo Cirielli und den **Innenministern von Algerien, Libyen und Tunesien** getroffen, um weitere **bilaterale Abkommen** zur Migrationsabwehr zu verhandeln. Piantedosi bedankte sich bei seinen Gesprächspartnern für ihre „exzellente und konstante Zusammenarbeit“ und betonte, dass die Sicherung der Staatsgrenzen stets Priorität haben solle. Die für Italien und Europa relevante Grenze verortete er in der Sahelzone auf dem afrikanischen Kontinent – dort müsse die Grenzsicherung beginnen. Diese Strategie wird als **Externalisierung der Grenze** verstanden, eine **neokoloniale Praxis**, die u.a. auf der Militarisierung ganzer Landstriche aufbaut und die reguläre Arbeitsmigration innerhalb der Länder der Sahelzone missachtet. Auf diese Weise werden dort Grenzgewalt, Armut und Ausbeutung von europäischen Staaten hervorgerufen und finanziert.

Einschränkung der Pressefreiheit

Der italienische Schriftsteller [Antonio Scurati](#) sollte zum **25. April** – dem „**Tag der Befreiung**“, an dem Italien jedes Jahr den Aufstand der Partisan*innen,

die endgültige Niederlage der deutschen Nazi-Besitzer*innen und ihrer faschistischen Komplizen im Jahr 1945 feiert – einen antifaschistischen Monolog im italienischen staatlichen Fernsehen (RAI) halten. Da Scurati dabei die postfaschistische Politik der Regierung Meloni kritisieren und darauf hinweisen wollte, dass diese versuche, **„die Geschichte umzuschreiben“ um „ihrer neofaschistischen Herkunftskultur“ treu zu bleiben**, wurde er kurzerhand ausgeladen. Die Ausladung wurde damit begründet, dass sich die RAI und Scurati nicht auf ein Honorar hatten einigen könnten – diese Begründung ist jedoch widerlegt. Zudem ist der Programmplaner der entsprechenden Politsendung der RAI, Paolo Corsini, bei vergangenen Sendungen mit Meloni als Sympathisant der Premierministerin aufgefallen. In Italien gab es in der Vergangenheit – besonders unter der Regierung von Berlusconi – immer wieder Versuche der Zensur der Presse. Der Fall Scurati ist jedoch von anderer Qualität, da hier der **Faschismus der italienischen Regierung** nicht mehr von der Hand zu weisen ist. Als Reaktion auf die Zensur posteten zahlreiche Websites ein Transkript der Rede von Scurati. Zudem wurde sie im Fernsehen in verschiedenen Kanälen verlesen.



Foto: Etienne Girardet, Unsplash

Nach dem **Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA)** nehmen die Angriffe auf Journalist*innen und die Einschränkung der Pressefreiheit in Italien stark zu. „Journalist*innen sind zunehmend bedroht und in der Tat gehen die Knebelklagen [gegen Journalist*innen und die Presse] weiter, auch von Regierungsbeamt*innen. Wir sehen eine allgemeine Ungeduld gegenüber der Informationsfreiheit“.

resümiert [Vittorio Di Trapani](#), Präsident des nationalen italienischen Presseverbands (Fnsi).

Politische Situation in Tunesien

Die Situation für Geflüchtete in Tunesien, insbesondere in dem Küstenort Sfax, wird immer



Improvisierte Lagerstätte in Tunesien 2024

gefährlicher. Rund **3.000 Menschen** warteten dort auf ihre Überfahrt nach Lampedusa und wurden **von der tunesischen Polizei vertrieben**. Diese „Jagd auf Vertriebene“, wie der Journalist Mirco Keilberth das Verhalten der tunesischen Regierung in [diesem ausführlichen Bericht](#) beschreibt, wird von der EU im Rahmen einer Wirtschaftshilfe im Umfang von bis zu einer Milliarde Euro kofinanziert. Im Gegenzug dafür stoppen die tunesischen Sicherheitskräfte das Ablegen so vieler Boote wie nie zuvor.

„Bekämpfung digitaler Schleusung“

Die europäische Polizeibehörde [EUROPOL und EU-Kommission](#) wollen „digitale Schleuserkriminalität“ bekämpfen. Ziel einer neuen Maßnahme ist der Austausch zwischen verschiedenen Behörden und Staaten, um die **digitale Komponente von Schleusung strafrechtlich zu verfolgen**. Es bleibt zu beobachten, welche Auswirkungen diese neue Kooperation haben wird, die bei einem ersten Treffen Ende April dieses Jahres begonnen wurde.

Situation der Geflüchteten

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete

In Europa verschwinden immer wieder unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus staatlichen Aufnahmezentren. Laut einer europaweiten

Datenerhebung, die von der Gruppe [Lost in Europe](#) durchgeführt wurde, würden **zwischen 2021 bis 2023 europaweit mindestens 51.439 unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche vermisst**. Rund 23.000 davon sind allein in Italien verschwunden. Das bedeutet, dass durchschnittlich etwa zwanzig junge Menschen am Tag einfach verschwinden und nicht mehr auffindbar sind. Die italienische Kinderschutzbeauftragte [Carla Garlatti](#) warnt davor, dass diese Kinder und Jugendliche ohne Obhut zu „einer **leichten Beute für die Unterwelt**“ werden. Laut [Francesca Toscano](#) von Save the Children Europe hätten nationale Regierungen und die EU ständig die Möglichkeit eingeschränkt, dass Minderjährige Asyl beantragen können. Außerdem seien sie vom Zugang zu Sozialpolitik und Unterstützung ausgeschlossen, „oft um andere davon abzuhalten, nach Europa zu kommen“.

Eine positive Entwicklung ist in diesem Zusammenhang die Eröffnung eines [Tageszentrums in Ventimiglia für geflüchtete Kinder und Jugendliche, Familien und Frauen](#), welches als „kinderfreundlicher Schutzraum“ konzipiert wurde. Das Zentrum ist eine gemeinsame Initiative von Save the Children, der Gemeinde Ventimiglia und der Caritas Intemelja. „Es ist ein Ort zum Spielen, Geselligkeit und Schutz zu finden“ erklärt Giovanna Di Benedetto von Save The Children, „von einem multidisziplinären Team betrieben, das sich aus einer**m* Rechtsexpert*in, Sozialarbeiter*in, Erzieher*in, zwei linguistisch-kulturellen Vermittler*innen, einer**m* Psycholog*in sowie einer**m* Streetworker“ zusammensetzt. Das Zentrum werde in drei Bereiche eingeteilt, um den spezifischen Bedürfnissen von Kindern und Müttern, unbegleiteten Jugendlichen sowie Mädchen und Frauen gerecht zu werden.

Update aus den Abschiebehafzentren

Im Zeitraum zwischen Anfang 2019 bis März 2024 wurden laut [Altreconomia](#) **nur 33 Inspektionen von den verantwortlichen Präfekturen** (lokale Vertretung des italienischen Innenministeriums) **in italienischen Abschiebehafzentren** (Centri di permanenza per i rimpatri, CPR) **durchgeführt**. In einigen Einrichtungen wie in Brindisi, Gradisca d'Isonzo und Trapani, gab es nur einen einzigen Kontrollbesuch von Präfekturbeamten*innen. In anderen, wie in Mailand

und Palazzo San Gervasio, wurden dagegen sechs bzw. 12 Inspektionen durchgeführt – jedoch ohne die erhofften Auswirkungen: Gegen beide Einrichtungen wird nun von den zuständigen Staatsanwaltschaften wegen nicht eingehaltener Versprechen der Leitungsorgane ermittelt. In den



Bericht über die Aufnahme in Udine

italienischen CPR kommt es immer wieder zu Protesten durch inhaftierte Migrant*innen, um die **inhumanen Haftbedingungen** und die **gewalttätigen Übergriffe durch Beamt*innen** anzuklagen (wir berichteten in den [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters).

Chronischer Platzmangel in Erstaufnahmezentren

Rund 60 Einwohner*innen der Stadt Triest im Norden Italiens haben per [Unterschriftensammlung](#) gegen die Unterbringung von Geflüchteten in den lokalen Silos protestiert. Der **Mangel an Plätzen in den sog. „außergewöhnlichen Unterkünften“ (Centro di accoglienza straordinaria, CAS)**, die jedoch **mehr als 74 %** der nach Italien kommenden Geflüchteten beherbergen, ist leider keine Neuigkeit, sondern seit

Jahren ein chronisches Problem in ganz Italien. Dies wird jedoch von den Regierungen trotz der Auswirkungen wie Obdachlosigkeit und dem notdürftigen Bau behelfsmäßiger Camps (siehe bspw. die [Scirocchi aus 2023](#)) ignoriert.

Auch in [Udine](#) (ebenfalls in der Nähe der slowenischen Grenze) mussten etwa 150 Menschen unter sehr schlechten Bedingungen in der stillgelegten Kaserne Cavarzerani notunterkommen, da im offiziellen CAS keiner der 550 Aufnahmeplätze verfügbar war.

Im [Aufnahmezentrum für Asylsuchende](#) (centro di accoglienza per richiedenti asilo, CARA) di [Isola Capo Rizzuto](#) in Kalabrien haben Migrant*innen gegen die Verzögerungen bei den Verfahren zur Anerkennung des internationalen Schutzes, den langen Aufenthalt in den Zentren, die Qualität der ausgegebenen Lebensmittel sowie die Unmöglichkeit, ihr Taschengeld außerhalb des Zentrums zu verwenden – um bspw. eine Busfahrkarte zu kaufen – protestiert. Gemeinsam haben die etwa **100 Protestierenden die Zufahrt für das Catering über mehrere Stunden blockiert**, bis die Polizei die Blockade räumte.

Prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt

Laut einer Umfrage, die im Zeitraum Mai 2023 bis Februar 2024 durchgeführt wurde, wurden zahlreiche Migrant*innen aus dem [CAS Piombino](#) (Toskana) für illegale und ausbeuterische Arbeit in der Landwirtschaft („caporalato“) rekrutiert. **Sie arbeiteten dort „in einem ernsthaften Zustand der Not“**: für einen Hungerlohn von 97ct bis zu 7€ die Stunde, ohne Schutzausrüstung, ohne Versicherung, ohne Pausen und Essen, 10 Stunden am Tag. Leider ist dies kein Einzelfall – in vielen Landesteilen Italiens werden Migrant*innen für prekäre und gefährliche Tätigkeit im Agrarsektor rekrutiert, da der Staat eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt durch lange Wartezeiten, hohe Hürden und mangelnde Unterstützung erschwert.

In einem Interview mit der Tageszeitung Avvenire erklärt [Natale Forlani](#), ehemaliges Cisl-Mitglied (Arbeitergewerkschaftsbund) und neu ernannter Präsident des Instituts für die Analyse der öffentlichen Politik (Inapp), den Zusammenhang zwischen dem Bedarf des italienischen Arbeitsmarkts und der Unterstützung von

Migrant*innen auf dem Weg dorthin. „**Der derzeitige Ansatz für die Migration ist völlig unzureichend.** Er leidet unter einer rückwärtsgewandten Sichtweise des Phänomens, dem Bedarf an Arbeitskräften für gering qualifizierte Tätigkeiten (...) und der Notwendigkeit, Menschen aus armen Ländern aufzunehmen“, so Forlani. Weiter erklärte er: „**35% der in Italien lebenden Menschen in Armut sind ausländischer Herkunft und zwei Drittel der legal erwerbstätigen zuwandernden Personen arbeiten in Sektoren mit einem hohen Anteil an Schwarzarbeit.** Ziel der neuen Einwanderungspolitik sollte es sein, diesen beiden Phänomenen entgegenzuwirken, das Niveau der regulären Beschäftigung bereits in Italien lebender Migrant*innen zu erhöhen und den Eintritt neuer Bedürfnisse mit Auswahl- und Ausbildungswegen zu planen (...). Nur so kann man versuchen, die demografische Lücke bei den Arbeitnehmer*innen zu schließen, die die nächsten Jahrzehnte prägen wird“.



Zeltlager für migrantische Erntehelfer in Sizilien

Leseempfehlung

Wir empfehlen eine Lektüre des [Jahresberichts des Centro Astalli](#), indem die großen [Probleme](#) bei der Aufnahme von Migrant*innen nachgezeichnet werden. Die Migrationspolitik der aktuellen italienischen Regierung hat zu einer Verstärkung der Diskriminierung von Migrant*innen beigetragen und die bürokratischen Hürden für Schutzsuchende erhöht – auf Kosten der psychischen Gesundheit von Migrant*innen, welche zum Teil ohne Unterstützung und ohne Hoffnung in den Lagern inhaftiert sind.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash